

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzufenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Sonntag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Alken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 40. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 3. Oktober 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Verbandstag 1908.

III.

Die Dienstag-Sitzung beginnt mit der Beratung über die Reform des Beitrags- und Unterstufungswezens.

Neu-Nachrichten berichtet über das Resultat der Kommissionsberatung: Wir haben gestern abend bis 1 1/2 Uhr getagt. Es war nicht leicht, aber die einzelnen Punkte der vorgeschlagenen Reformen eine Einigung zu erzielen. Die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken und Landesstellen sind grundverschieden und Wunsch der Bezirksvertreter war es natürlich, die Reformen den Verhältnissen ihres Landes bzw. Bezirkes anzupassen. Wollige Einmütigkeit herrschte jedoch inbezug auf die Beitrags- und Unterstufungserhöhung. Wir waren alle der Meinung, daß eine Stärkung unserer Verbandskasse unbedingt notwendig sei, wenn unsere Interessen in der Zukunft so vertreten werden sollen, als es wünschenswert ist. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, kann nur durch eine finanziell getätigte Organisation durchgeführt werden. — Bezüglich der

Streikunterstützung sind wir darin überein gekommen, die Vorlage des Zentralvorstandes anzunehmen mit der Veränderung, in der zweiten Beitragsklasse den Satz von 7,50 Mark auf 8.— Mark zu erhöhen. Noch weiter die Unterstufungssätze zu erhöhen, hielten wir für nicht tunlich. Wir haben in der Regel bei Arbeitskämpfen mit Aussparungen zu rechnen und hohen Beteiligungssätzen. Da würde bei einer höheren Unterstufung die Kasse doch zu sehr belastet werden. Zimmerlin sind unsere Sätze noch höher als die des „deutschen“ Verbandes. — Hinsichtlich der

Maßregelungsunterstützung bitten wir, die Vor schläge des Zentralvorstandes anzunehmen. Sie empfehlen eine nicht unwesentliche Erhöhung dieser Unterstufung. — Ebenso empfehlen wir Annahme der Vorlage des Zentralvorstandes inbezug auf Reiseunterstützung. — Bei der

Krankenunterstützung gingen die Meinungen weit auseinander. Einige meinten, es würde zuviel bezahlt, andere dagegen waren der Ansicht, die Sätze müßten erhöht und die Krankenzahl gemindert werden. Nach langem Überlegen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Vorlage des Zentralvorstandes das Richtige trifft und empfehlen wir deshalb Annahme derselben. Die Unterstufungssätze sind durchweg die gleichen geblieben. Wir müssen nämlich bei Bewertung der Sätze nicht den früheren, sondern den erhöhten Beitrag zu Grunde legen. Aus diesem Grunde kann von einer Reduzierung der Krankenunterstützung keine Rede sein.

Die Arbeitslosenunterstützung empfehlen wir so anzunehmen, wie sie uns vom Zentralvorstande vorgelegt ist. Sollte eine Veränderung in den Sätzen vorgenommen werden, dann ist die ganze Vorlage hinfällig. Es soll dann nur völlige Arbeitslosigkeit, nicht auch Arbeitsbeschränkung zur Anrechnung kommen. Wir haben nach gründlicher Beratung die Überzeugung gewonnen, daß in Fällen der Arbeitsbeschränkung unumgänglich Unterstützung gezahlt werden kann. Es heißt uns die dazu notwendige Kontrolle. Auch müßten die Sätze dann bedeutend gemindert werden, wenn unsere Kasse sich an der Arbeitslosenunterstützung nicht verbrühten soll.

Ueber die Aussteuerbeihilfe sind wir uns nicht einig geworden. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder konnte ein wirksames Agitationsmittel in dieser Unterstufungsart nicht erblicken. Man hielt die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung, wenn auch mit geminderten Sätzen, für notwendiger. — Hinsichtlich der Sterbeunterstützung haben wir uns auf die Vorlage des Zentralvorstandes geeinigt, die einen gerechten Ausgleich in den Sätzen der einzelnen Beitragsklassen vorsieht. Einige Kollegen hielten die Herabsetzung des Satzes in der ersten Beitragsklasse für nicht angebracht. Einige waren wir uns aber, als wir erfuhr, daß 60 Prozent der verstorbenen Mitglieder erst ein Jahr dem Verbande angehört.

Die Unfallunterstützung empfehlen wir nach Vorlage zur Annahme. Sie wird bedeutende Mehrausgaben nicht verursachen. Andererseits helfen wir den hart getroffenen Hinterbliebenen des verunglückten Mitgliedes über die schlimmste Not hinweg. Auch arbeiten wir mit dieser Unterstufungsart wirksam gegen den Abkommensunterstützungs-Unsinn.

Wir haben unsere Beschlüsse nach gründlicher Beratung gefaßt, das beweist schon die Tatsache, daß wir bis 1 1/2 Uhr getagt haben. Es werden auch hier im Plenum Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen. Es ist aber einfach ein Ding der Unmöglichkeit, den Verhältnissen sämtlicher Bezirke und Landesstellen nach Wunsch Rechnung zu tragen. Wir dürfen uns nicht davon leiten lassen, was unsere Mitglieder denken, sondern wir müssen uns als führende Kollegen zeigen, die den notwendigen Weitsicht über das gesamte Verbandsgebiet und über die großen Gewerkschaftsaufgaben besitzen. Seien wir nicht pessimistisch. Die Mitglieder, die wir verlieren, kommen wieder. Wenn wir uns von dem großen Gemeinheitsgedanken leiten lassen, dann werden wir auch in der wichtigen Frage der Beitrags- und Unterstufungsreform einig werden. (Beifall.)

Die Diskussion

wird eingeleitet vom Kollegen Schiffer: Die Vorlage des Zentralvorstandes bildet einen in sich abgeschlossenen Reformplan. Es liegen eine Menge Anträge zu dieser Sache vor, aber es ist ein konsequent aufgebautes System notwendig, das, soweit es im Rahmen der Möglichkeit liegt, die verschiedensten Wünsche berücksichtigt. Allen Wünschen völlig gerecht zu werden, ist unmöglich. Die Vorlage ist das Produkt langer und vieler Beratungen des Zentralvorstandes.

Die Beitragserhöhung ist zur Stärkung der Kasse unbedingt notwendig. Wenn unsere Finanzlage auch nicht gerade ungünstig genannt werden muß, dann darf sie doch auch nicht als nichtverbesserungsbedürftig bezeichnet werden. Wir stehen starken Unternehmervorständen gegenüber. Nur in wenigen Bezirken lassen sich die Arbeitgeberverbände zu Verhandlungen mit uns herbei. Wir werden die großen Kämpfe siegreich durchzuführen müssen, wenn wir unser Ziel erreichen und nicht auf Jahre zurückgeworfen sein wollen. Darum ist eine finanzielle Stärkung unseres Verbandes zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Zu erwägen ist auch noch, daß der „deutsche“ Verband auf seiner letzten Generalversammlung eine Ent-

trags- und Unterstufungserhöhung beschlossen hat. Bezüglich der Unterstufungen eine Regelung vorzunehmen, die alle Wünsche berücksichtigt, geht nicht. Die Ansichten über die Art und Höhe der Unterstufungen sind verschieden. Darum müssen sich die vernünftigen Kollegen auf einen Mittelweg einigen. Ein solcher ist die Vorlage des Zentralvorstandes. — Da wäre zuerst die

Streikunterstützung. Logisch wäre es, wenn wir für 40 Pfg. das zahlen, was jetzt für 30 Pfg. gezahlt wird. Tatsächlich geht die Vorlage jedoch höher. Noch weiter in die Höhe gehen, geht nicht an. Es muß bei den Unterstufungen auch eine versicherungstechnische Berechnung zu Grunde gelegt werden. Das geht aber bei der Streikunterstützung nicht. Die Höhe der Ausgaben hierfür ist unsicher. Ueber die vorgeschlagenen Sätze dürfen wir auf keinen Fall hinausgehen. Es gibt ja Gegenden, wo die Höhe der Unterstufung und die des Arbeitsverdienstes stark differieren, aber wir haben auch Bezirke, wo Lohn- und Streikunterstützung fast die gleiche Summe betragen, ja die Streikunterstützung sogar noch höher ist als der Verdienst. Unsere Unterstufungssätze sind höher als die des „deutschen“ Verbandes. Wenn sie Veränderungen an der Vorlage vornehmen, dann fällt das ganze System zusammen. — Bezüglich der

Maßregelungsunterstützung sei folgendes gesagt: Wir hatten im Vorlande erhebliche Bedenken gegen die Höhe der Unterstufung. Wer wirklich gemindert ist, dem kommt eine gute Unterstufung seitens des Verbandes zu, aber wir wollen uns doch auch nicht verhehlen, daß manche Mitglieder durch eigene Schuld gemindert werden. — Bei der

Kranken- und Sterbeunterstützung kann man versicherungstechnische Berechnungen machen. Die Summen für diese Unterstufungsarten können zu den regelrechten Ausgaben gezählt werden. Wir sind im Vorlande nach genauer Prüfung zu den Sätzen gelangt, die ihnen in unserer Vorlage empfohlen werden. Unsere Kranken- und Sterbeunterstützung ist bedeutend höher, als die Unterstufungssätze besonderer Hilfsklassen. (Redner gibt die Höhe einiger Kranken- und Sterbefälle an.) Wir haben 20% unserer Ausgaben für Krankenunterstützung verwenden müssen. Im christlichen Metallarbeiterverbande hatten 38% aller Kranken erst das erste Mitgliedjahr überschritten. Bei uns wird's nicht viel besser sein. Manche meinen, die Verbände hätten viele alte Mitglieder. Die Statistik des oben genannten Verbandes beweist die Unrichtigkeit dieser Meinung. Auch aus diesem Grunde darf die Kranken- und Sterbeunterstützung nicht höher sein, als wie vorgeschlagen wird vom Zentralvorstande.

Ueber die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung ist genug gesagt worden. Wir tragen uns im Zentralvorstande zuerst mit dem Gedanken, eine Erwerbslosenunterstützung davon zu machen. Als wir aber die Sache mal gehörig durchdachten und an eine Festsetzung der Unterstufungssätze herangingen, sahen wir die Unmöglichkeit einer Erwerbslosenunterstützung ein. Wir müßten dann die Beiträge verdoppeln. Wir sind uns im Vorlande nach langen Beratungen auf die vorgeschlagenen Pläne einig geworden. — Die

Aussteuerbeihilfe ist bedacht worden. Aber es ist schon öfters über eine neue Sache geredet worden. Ob sie darum nicht gut ist, ist eine andere Frage. Ich bin der Überzeugung, daß wir doch noch einmal zu der Einführung dieser Unterstufungsart kommen werden, wenn sie auch dieses Mal abgelehnt wird. Daß so viele Frauen bei ihrer Verheiratung sich die Beiträge zur Invalidenversicherung zurückverlangen lassen, sollte uns ein Fingerzeig dafür sein, wie angebracht die Aussteuerbeihilfe ist. Einige meinen, die Unterstufungssätze müßten höher sein. Aber dann kostet sie uns zu viel Geld. Nach der Vorlage würde sie eine Ausgabe von etwa 24.000 Mk. jährlich verursachen. Die Unterstufung müßte sich vertieren durch vermehrten Beitritt der Arbeiterinnen. Die Kasse dürfte nicht auf besondere Weise belastet werden.

Die Wöchnerinnenunterstützung empfehlen wir fallen zu lassen. In Bezirken, wo die Arbeit verheirateter Frauen viel verbreitet ist, mag man an dieser Unterstufung ein großes Interesse haben. Aber wir haben auch traurige Erfahrungen machen müssen. Manche Frau zieht die Unterstufung und kehrt dann dem Verbande den Rücken. Ich empfehle ihnen nochmals die Reformvorschlüsse des Zentralvorstandes.

J. Pech-Krefeld schlägt vor, zuerst über die Beitragserhöhung, dann über die Reform des Unterstufungswezens zu beraten und zu beschließen. — Der Vorschlag wird angenommen.

S. Fensch-Krefeld erklärt, daß die Stimmung im Nachener Bezirk für Beitragserhöhung sei.

Fischer-Mülhausen: Die Kämpfe werden mit ein-tretender guter Konjunktur zahlreicher und hartnäckiger. Das wird besonders im Norden und Westen des Vaterlandes der Fall sein. Aber die weidwärtigen Kollegen kämpfen für die süddeutschen mit. Wenn erstere den Kampf um Anerkennung der Gewerkschaften — und solche Kämpfe sind härter als Lohnkämpfe — siegreich durchzuführen, dann haben auch wir wieder gewonnen. Wenn wir die gute Konjunktur ausnützen wollen, dann müssen wir kräftig sein. Sonst verfliehet die Zeit, ohne daß für unsere Mitglieder besonders konnte geleistet werden. Die Mitglieder unseres Bezirkes haben sich für Beitragserhöhung erklärt. Wir werden allerdings einige verlieren, aber die wären jedenfalls auch so abgefallen.

S. Fensch-Krefeld: Ich weiß auch, daß gekämpft werden muß. Aber ich befürchte, daß wir durch die Reduzierung der Streikunterstützung uns das Kämpfen erschweren werden. Ich habe Bedenken gegen die Erhöhung der Beiträge wegen der eintretenden Mitgliederflucht. Vielleicht sind die Mitglieder bei einem Befehlenlassen der alten Unterstufungssätze und einer Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg. die Woche zu halten.

Kath. Fensch-Krefeld hält eine Erhöhung des Beitrages mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Krise für bedenklich.

J. Pech-Krefeld: Die Kollegen setzen zu schwarz. Wir wollen den Beitrag nicht gleich, sondern erst vom 1. April an erhöhen. Dann zahlen heute schon mehrere Tausend Mitglieder den erhöhten Beitrag. Gerade im ersten Verbandesbezirk ist die Mitgliederzahl mit der Erhöhung des Beitrages gestiegen. Wir sind von 300 auf 800 Mitglieder gekommen. Es fallen auch viele Mitglieder ab, weil die Disziplinierter nicht immer die notwendige Energie zeigen. Es wird gesagt, wir müßten die Kräfte der Arbeiter haben. Ganz richtig, aber die Kräfte der Arbeiter kann dem Verbande zum Verhängnis werden, wenn er keine finanziellen Mittel hat, um die Kräfte zu befriedigen. Sehen wir nicht zu schwarz. Nur dem Mutigen gehört die Welt.

Hinter-Rheine: Es ist uns befreundlich, daß die Kollegen der älteren Bezirke einer Erhöhung des Beitrages Bedenken entgegen bringen. In unserem Bezirke zählt schon ein sehr großer Teil der Mitglieder den erhöhten Beitrag. Geben sie uns doch kein schlechtes Spiel.

Huppertz-Süchteln ist gegen eine Erhöhung. Senning-Bacholt: Ich hatte früher dieselben Bedenken, die jetzt geäußert hat. Aber nachdem ich die Stimmung in den Bezirken kennen gelernt habe, bin ich ein Anhänger der Beitragserhöhung. Ich habe den Mitgliedern die gute Seite der Sache gezeigt. Die Mehrzahl ist heute für Erhöhung. Die Arbeiter gehen nur in eine leistungsfähige Gewerkschaft. Wir haben den Beitrag auf der vorletzten Generalversammlung erhöht. In den letzten Jahren sind die Ausgaben bedeutend gestiegen, nicht aber dementsprechend die Einnahmen.

Für eine Erhöhung des Beitrages plaidierten auch die Kollegen Geier-Augsburg, Buchmann-Mülhausen, Hammacher-Barmen, Fahrenbrach-Niedersehm, Kammeler-Greiz, Müller-Schlesien, Formann-Goesfeld, Steinbeck-Nachen, Krüppel-Blabach, Osburg-Hannover, Kammerer-Südlingen und die Kollegin Becht-Mülhausen.

Nachdem der Kollege Wieber seine Freude über die sachliche und lebhaft diskutierte Angelegenheit und auch seinerseits für eine Erhöhung des Beitrages spricht, wird die Abstimmung vorgenommen. Letztere ist eine namentliche. Es stimmen sämtliche stimmberechtigte Delegierte für Erhöhung des Beitrages, mit Ausnahme der Kollegen Dejaure-Debt, Siefer-Ummeln und Spierker-Öttinger-Jöllenbed, die sich der Stimme enthalten.

Als Kollege Schiffer das Resultat der Abstimmung feststellt und konstatiert, daß keine Stimme gegen eine Beitragserhöhung sich ausgesprochen, erfolgte lebhaftes Bravo der ganzen Versammlung.

Es folgt die Beratung über die

Unterstützungsreformen.

Schiffer schlägt vor, zuerst eine Generaldebatte über die gesamte Reform zu eröffnen, über die Höhe der einzelnen Unterstufungssätze gesondert zu debattieren. Der Vorschlag wird angenommen.

Kammeler-Greiz: Ich bin für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In unserem Bezirk haben wir heute schon eine größere Anzahl arbeitsloser Mitglieder zu verzeichnen. Die jetzige Zeit ist günstig für die Einführung dieser Unterstufung. Wir müssen die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Dagegen sind wir in unserem Bezirke gegen die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung. Wenn die Beibehaltung der jetzigen Unterstufungssätze nicht möglich ist, dann schlage ich vor, einfach eine Hauskolonne zu gewähren und zwar für alle Klassen dieselbe Höhe.

Dunkels-Wiersen: In Wiersen können wir uns für die Arbeitslosenunterstützung nicht erwärmen. Statt Arbeiterentlassungen vorzunehmen, gehen die Unternehmer mehr zur Einschränkung der Arbeitszeit über. Da müßten wir gerechterweise auch den hiervon betroffenen Kollegen eine Unterstufung gewähren. — Dann aber: mehr Schutz den Auszubildenden. Im Interesse der Auszubildenden halte ich eine wesentliche Erhöhung der Maßregelungsunterstützung für dringend notwendig. Dann meine ich auch, daß eine Erhöhung der Streikunterstützungssätze nötig ist. Mit einer niedrigen Unterstufung erschweren wir unsere Kampfsituation.

Cornelia Schleinich-Bacholt: Ich möchte die Annahme der Aussteuerbeihilfe empfehlen. Wir müssen mit unseren Unterstufungseinrichtungen mehr auf die Arbeiterinnen Rücksicht nehmen. Von der Arbeitslosen-, Sterbe- und Reiseunterstützung profitieren unsere weiblichen Mitglieder gar nicht. Seien sie darum gerecht und stimmen sie für die Aussteuerbeihilfe. Das wird uns in der Agitation unter den Arbeiterinnen gute Dienste tun.

Fischer-Mülhausen: Wir müssen der staatlichen Arbeitslosenversicherung vorarbeiten und Achtung geben. Das kann dadurch geschehen, daß dieser Unterstufungsart in den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen eingeführt wird. Bereits haben einige Kommunen die Arbeitslosenunterstützung praktisch in Angriff genommen. Ich nenne Straßburg, wo den Gewerkschaften ein Zuschuß zu ihren Anlagen für Arbeitslosenunterstützung gegeben wird. Auch in Mülhausen im Elsaß planen wir, für dieses System die Stadtverwaltung zu bestimmen. Wenn unser Antrag angenommen wird und unsere Generalversammlung lehnt die Arbeitslosenunterstützung ab, dann sind unsere Mitglieder denen des „deutschen“ Verbandes gegenüber im Nachteil. Auch wir im Elsaß hatten öfters arbeitslose Mitglieder. Bei uns ist man für die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung. Die ist agitatorisch wirksamer als die Aussteuerbeihilfe. Wenn gesagt wird, daß viele Frauen nach Weg der Wöchnerinnenunterstützung dem Verbande den Rücken kehren, dann kann man das selbst behaupten von der Aussteuerbeihilfe. Auch hier wird uns die Kollegen nach Weg der Unterstufung in vielen Fällen abe folgen. Bei uns wollen die ledigen Arbeiterinnen von der Aussteuerbeihilfe nicht viel wissen.

Gerhards-M. Blabach: Es geht doch schlecht an, die Beiträge zu erhöhen und gleichzeitig die Leistungen zu erniedrigen. Besonders ist am Krankengeld geschnitten worden. Das trifft besonders die älteren Mitglieder. Ich bin ein Freund der Arbeitslosenunterstützung, aber es fehlen uns die notwendigen rechnerischen Unterlagen. Wir machen mit der Annahme einen Sprung ins Dunkle. Entschieden bin ich gegen eine Aufrechnung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Aussteuerbeihilfe ist mir unsympathisch. Wir durchbrechen damit das Prinzip der Gleichberechtigung von Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen sie doch alle gleich behandeln. Auch hat sie n. W. nach wenig agitatorischen Wert. Wenn sie agitatorisch wirken soll, dann muß sie ein ganz anderes Gesicht bekommen. Ebenso berechtigt wie eine Aussteuerbeihilfe wäre eine Unterstufung für Kollegen, die zum Militär eintreten.

Schiffer-Düsseldorf: Wir dürfen doch die Unterstufungssätze nicht so hoch nehmen, daß dadurch die Beitragserhöhung ausgeglichen würde. Die Diskussion wird lehren, daß die Vorlage des Zentralvorstandes den Wünschen der Mitglieder am besten entgegenkommt. Auch die Beibehaltung der Arbeitszeit als Arbeitslosigkeit anzuerkennen, geht unmöglich. Das ist ein Problem, das die Zukunft lösen muß. Wollen wir die Tage aufrechnen, an denen die Arbeit ausgelegt werden muß, dann müssen wir auch weiter gehen und ebenso die Stunden anrechnen und die Arbeitsverminderung, die durch Verminderung der Zahl der zu bedienenden Maschinen verursacht wird. Alles ist das eine Arbeitsbeschränkung. Der Einwand, daß die

beitslosenunterstützung, ist gewiß gut gemeint, aber es entbehrt der versicherungstechnischen Grundzüge.

Gertrud Burg-Engelskirchen: 1906 hatten wir in Deutschland 849.000 Textilarbeiter, davon waren rund 447.000 Arbeiterinnen, also weit über die Hälfte. Heute ist die Zahl verhältnismäßig bedeutend höher. Wir haben aber im ganzen kaum 30.000 Textilarbeiterinnen in Deutschland organisiert. Gelingt es uns nicht, die große Mehrzahl der Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, dann ist es um unsere Bewegung schlimm bestellt. Wollen wir meine Arbeitskollegen aber gewinnen, dann müssen wir auch zu außerordentlichen Mitteln greifen, und ein solches ist die Aussteuerbeihilfe. Liebe Kollegen, nehmen sie diese also an, es wird Ihnen zum Vorteil gereichen. Die Arbeitslosenunterstützung wird gerade für die Arbeiterinnen am allerwenigsten in Frage kommen. Deshalb gewährt uns als Ausgleich die Aussteuerbeihilfe. Herr Fensch spricht sich für Einführung der Arbeitslosen- und gegen Abschaffung der Wöchnerinnenunterstützung aus.

Alle-Nachen: Ich bin gegen die Unterstufungseinrichtungen. Wir haben in unserem Verbands im Unterstufungswezen schon soviel des Guten zu viel getan. Wir dürfen unsere Mitglieder nicht zu Kassenmeisern erziehen. Hauptzweck der Gewerkschaft muß die Beförderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder sein. Nebenher bespricht die einzelnen vorgeschlagenen Unterstufungsarten und weist besonders darauf hin, daß die zur Krankenunterstützung erforderliche Legitimation in vielen Fällen sehr schlecht zu beschaffen sei. Dann wünscht Müller einige Aufklärung bezgl. Reglement der Reiseunterstützung.

Schiffer gibt die gewünschte Aufklärung. Die Delegierten des Krefelder Bezirkes hatten einen Antrag eingebracht, der nur die Streik-, Maßregelungs-, Sterbe- und Krankenunterstützung befreite, alle anderen Unterstufungsarten aber fallen lassen wolle. Die Streikunterstützung soll dann erhöht werden. — Gegen den Antrag wendet sich

Zeit-Vorrath: Die Verhältnisse sind nicht überall die gleichen, und der Krefelder Bezirk ist nicht der Verband. Wenn wir die Wöchnerinnenunterstützung fallen lassen, schädigen wir uns bedeutend. Vielleicht kann die Höhe des Krankengeldes für vier Wochen gewährt werden.

P. Fensch-Krefeld: Durch die Aussteuerbeihilfe erleichtern wir uns die Agitation unter den Arbeiterinnen. Den außerordentlichen Schwierigkeiten in der Organisation der Arbeiterinnen muß mit außerordentlichen Mitteln entgegengetrieben werden. Die Wöchnerinnenunterstützung zieht bei uns nicht; ebensowenig die Arbeitslosenunterstützung. Wenn letztere angenommen wird, dürfen wir nicht über die vom Zentralvorstande vorgeschlagenen Sätze hinausgehen.

Schiffer bespricht die Verhältnisse im Krefelder Bezirk in Bezug auf Arbeitslosigkeit und beweist an Beispielen, daß gerade die Krefelder Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Gertrud Schwaib-M. Blabach: Es ist gesagt worden, die Aussteuerbeihilfe verstoße gegen das Prinzip der Gleichberechtigung. Die Gleichberechtigung der Arbeiterinnen mit den männlichen Mitgliedern hat mitunter eine ganz eigenartige Farbe. Ich weise nur darauf hin, daß die Generalversammlung nur sieben Arbeiterinnen als Delegierte aufweist. Ich bin für die Aussteuerbeihilfe, werde mich aber vom Gesamtinteresse leiten lassen und für Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung stimmen.

Christina Schmitz-Wiersen ist gegen die Aussteuerbeihilfe, weil sie wenig agitatorischen Wert habe. Die Ursachen der Fluktuation unter den Arbeiterinnen läge nicht an dem Mangel an Unterstufungseinrichtungen, sondern an der vielfach verkehrten Agitationsweise. Unter den Arbeiterinnen müßte mehr die ideale Seite unserer Bewegung hervorbelehrt werden. Die Annahme, daß Arbeiterinnen nicht gemindert werden, sei falsch. Rednerin beweist das an verschiedenen Beispielen.

J. Pech-Krefeld: In der Diskussion ist eine Klarlinie gezogen worden. Das sollten wir nicht tun. Wir verfolgen alle ein Ziel. Wenn gesagt wird, daß die Arbeiterinnen nicht gleichberechtigt behandelt würden, dann kann ich mich dem nicht anschließen. Wir haben für die Kolleginnen getan was wir konnten. Leider haben wir bei diesen nicht immer die notwendige Unterstufung gefunden. Wenn sie wollen, lassen sie die Aussteuerbeihilfe fallen, der Verband spart dann jährlich etwa 25.000 Mark. Aber stimmen sie auch nicht für Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung. Es sind Fälle vorgekommen, wo Frauen, die diese Unterstufung bezogen hatten, dem Vertrauensmann das Mitgliedsbuch schimpfend vor die Nase warfen.

Mehrfach-Krefeld: D. Schl.: Notwendig ist der in der Vorlage des Zentralvorstandes vorgesehene Ausgleich in den Sätzen der Sterbeunterstützung. Auf die Aussteuerbeihilfe sind die Kolleginnen unseres Bezirkes nicht besonders gut zu sprechen. Wir erzielen mit solchen Unterstufungen unter unseren Arbeiterinnen den besten Geist. Wir sind für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, aber für fakultative.

Es sprechen noch für die Arbeitslosenunterstützung die Kollegen Heiböcker-Emsbotten, Aker-M. Blabach, Hilger-Solmar, Kiefer-Zell, Bollmann-Uberfeld und Alt-Sulda. Bedenken gegen die Einführung erhebt Kollege Stimmach-Schießbahn.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Vor der Abstimmung verliest Kollege Schiffer folgendes Begrüßungstelegramm des internationalen Sekretärs Quising-Enschede (Holland):

Aus Holland wünscht den Beratungen gegenwärtigen Erfolg der internationale Sekretär

J. H. Quising: Ich bin der Arbeitslosenunterstützung eine namentliche ja, wird angenommen. Es stimmen mit „Ja“ 71, mit „Nein“ 15 Delegierte. Vier Kollegen enthalten sich der Abstimmung. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist demnach mit großer Majorität beschlossen. Die Aussteuerbeihilfe wird gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Antrag, die Wöchnerinnenunterstützung beizubehalten, wird angenommen. Der Antrag Fensch wird darauf zurückgezogen. Die Unfallunterstützung wird gegen drei Stimmen angenommen. Angenommen wird die Streikunterstützung nach der Fassung des Kommissionsvorschlages. Die Maßregelungsunterstützung wird nach Vorlage des Zentralvorstandes angenommen, ebenso die Kranken-, Umzugs- und Reiseunterstützung.

Damit ist die Arbeit des zweiten Verhandlungstages erledigt.

Letzter Tag.

Mit Rücksicht auf die noch immer sehr umfangreiche Tagesordnung beginnen die Beratungen morgen bereits um 8 Uhr.

Dann steht ein Antrag des Zentralvorstandes zur Beratung auf Änderung des § 9 der Satzungen, dahingehend: Jedes Mitglied hat das Recht, zu Beginn eines jeden Kalenderjahres...

Der Antrag wird ebenso wie derjenige der Ortsgruppe A a n, der eine Abänderung des § 13 des Statuts herbeiführt und befragt: Heimarbeit erhalten die für die nächste höhere Klasse vorgesehene Krankenunterstützung...

Die Abstimmung findet der von 29 Ortsgruppen gestellte Antrag, die Karenzzeit beim Bezüge der Krankenunter-

stützung von sieben auf drei Tage herabzusetzen. Der gleiche einmütige Antrag: Falls eine Herabsetzung der Karenzzeit nicht erfolgt, möge bereits nach Leistung von mindestens 26 Wochenbeiträgen Krankenunterstützung...

Eine umfangreiche Debatte ruft der Antrag Öppingen hervor, der im zweiten Abschnitt besagt: Als Arbeitslosigkeit ist die Verletzung der Arbeitszeit um mindestens 1 Tag pro Woche anzusehen, wenn diese Verletzung wenigstens ein Vierteljahr andauert.

Stiefel-Lohbergt ist in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung überhaupt sehr pessimistisch und glaubt sogar, daß der Verband sich mit diesem Unterstützungswege eine Last auf die Schultern gelegt habe...

Schiffers bittet, die Sache doch nicht allzu schwarz in schwarz zu malen. Man müsse jetzt zunächst einmal Erfahrungen und statistisches Material sammeln und dann werde sich ein weiteres Wort darüber sprechen lassen.

Somit ist das Beitrags- und Unterstützungsweesen wie folgt geregelt:

Table with 7 columns: Beitragsklasse, Wöchentliches Einkommen, Wöchentliche Beitragssumme, Reiseunterstützung, Wöchentliche Krankenunterstützung, Wöchentliche Arbeitslosenunterstützung. Rows I-VI show different contribution levels and corresponding benefits.

Wohnunterstützung wird in Höhe des Krankengeldes für die Dauer von 4 Wochen gewährt.

Ein weiterer Antrag des Zentralvorstandes, der eine nähere Präzisierung des Reglements über die Sterbehilfeunterstützung enthält, findet Annahme.

Der Antrag wird von den Ortsgruppen einstimmig angenommen. Die Ortsgruppe A a n beantragt, die Ortsgruppe B b n zu unterstützen.

Die sachverständigen Vertreter müßten ihrerseits auch einen Vertreter im Zentralvorstand zu haben und als solchen können sie Mitglieder der Ortsgruppen bezeichnen.

Hentmann-Düffelbeck, Penzig-Buchholt, Blanten nagel-Barmen und Fischer-Wilhelmsen.

Damit ist der Wunsch, einen evangelischen Kollegen und einen, der noch im Arbeitsverhältnis steht, im Zentralvorstand vertreten zu haben, erfüllt.

Zur den paritätischen Charakter des Verbandes wird auch Rücksicht genommen bei der Wahl der Kassenvorsitzenden.

Die Ortsgruppe A a n beantragt, als Tagungsort der nächsten Versammlung eine Stadt zu bestimmen, die mehr im Mittelpunkt des Landes liegt.

Annahme findet der Antrag beider Ortsgruppen und des Zentralvorstandes: Die Lokalbeamten sollen aus der Beitragsklasse gewählt werden.

Am dem Schluß der heutigen Sitzung beantragt die Ortsgruppe A a n: Die Generalversammlung wolle die Eintragung eines Arbeitsnachweises für das ganze Bundesgebiet beschließen.

Dann folgt eine geschäftliche Sitzung in der Kollege A b l in einem persönlichen Gespräch über die Lokalforderungen sprechen.

Zu programmatischen Angelegenheiten beabsichtigt jedoch die Ortsgruppe A a n, die Verhandlungen wieder herzustellen.

Verträge müssen aber auch ihre Unabhängigkeit bewahren gegenüber den Konfessionen und den kirchlichen Behörden. Wenn es z. B. der evangelischen Kirche heute einfallen würde, ein Mitspracherecht über die Verträge auszuüben, dann könnte mit demselben Recht die katholische Kirche ein gleiches Verlangen stellen.

Der katholische Arbeiter sieht sich in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, die sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

land als die „katholische“ zu bezeichnen pflegt, und der in diesem Falle besonders das Recht zur Kritik zugesprochen hätte, eine vornehme Zurückhaltung beobachtet; eine Ausnahme davon machten nur die Zeitungen, die von den Mitarbeitern der Berliner Fachabteilungen gepfeift werden und in deren Jahresspendenliste stehen: „Der Arbeiter“, „Berlin“, „Trierische Landeszeitung“, „Neunkirchner Zeitung“, „Rhein- und Niederrhein-Zeitung“ etc.

Es hat mich eigentümlich berührt, daß dieselben Leute, die in Jülich eine solche tropische Sprache gegen die Bischöfe gehalten haben, kurz nachher auf der Dülfelder Katholikerversammlung als Lehrer der katholischen Arbeiter aufgetreten sind.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Die kirchlichen Behörden sind in der Sache nicht als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet, sondern als einen Mann, der sich gegen die kirchlichen Behörden wendet.

Zum Streit um „Jülich“.

Die Jülicher internationale Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen.

Sieber, Geyerdamm des „Bayrischen Kurier“.

Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationaler Blatt Beschimpfungen über das allerhöchste Altarstuckament veröffentlicht und am zweiten Tage darauf hat der Fürst-Erzbischof von Wien mit sich zu Herzen gehenden Worten diese Beschimpfungen öffentlich zurückgewiesen.

in München aus uns aussprechen. Diese Stellungnahme in politischen Dingen tangiert absolut nicht unsere Kreise in kirchlichen Dingen. (Sehr richtig!)

Die beiden Redner sind akademisch gebildet. Gegenüber deren Ausführungen — die Staatsanwaltschaft haben wir absichtlich nicht hervorgehoben — waren die angehenden Richter Redner ohne akademische Bildung jedenfalls die reinsten Wassertrinker. Damals erschien der Berliner-Zeitunger Prekolumpagnie die kirchliche Autorität nicht gefährdet. Wir blättern eignes den Berliner „Arbeiter“ von 1907 nach und fanden darin kein die betreffenden Ausführungen verurteilendes Wort. Wohl sind uns große talg. Zeitungen bekannt, die nach dem Vorgefallenen die erregte Stimmung entschärfbar und begründet fanden. Der Berliner „Arbeiter“ kann sich nicht damit herausheben, daß die betreffenden Ausführungen ihm nicht bekannt wurden. Sie standen in Nr. 38 Jahrg. 1907 des „Völkischen Kurier“, eines der größten Zentrumsblätter Bayerns, und haben ihre Kunde durch die ganze sozialdemokratische Presse gemacht. Aber mit den Ausführungen der Münchener Redner, die heute noch katholisch sind, ohne daß „Sie Berlin“ Anstoß daran nimmt, ließ sich agitatorisch für die Fachabteilungen nichts anfangen; darüber stieg damals den Herren Savigny, Dr. Fleischer, Kaplan Windolph, Pfarrer Treib, Dechant Hansen keine „Scharade“ ins Gesicht, diese Herren ließen nichts von „Bestürzung und Entrüstung“ von sich hören, das „katholische Bewußtsein“ und das „katholische Autoritätsgefühl“ wurde nicht „planmäßig untergraben“. Wenn aber Arbeiterführer, die den Arbeiterbewußtsein mit all seinen Werten selbst durchgeföhrt haben, die Interessen ihrer Mandatgeber nicht wirtschaftspolitisch und organisatorisch unerschrocken Phantasien zu Versuchsoperationen überantworten wollen; wenn die Verantwortlichen sehen, wie Mitglieder der christlichen Gewerkschaften tapfer für ihre religiöse Überzeugung streiten und in sozialdemokratischen Hochburgen mitunter das verneinte Martyrium ertragen müssen, und wie sie daneben noch häufig materiellen Schädigungen ausgesetzt sind; wenn sie verfolgen, wie manche christliche Gewerkschaftsführer bei ihrer agitatorischen Wirksamkeit von sozialdemokratischem Pöbel überfallen und blutig geschlagen wurden, und dann demgegenüber jahrelang beobachten müssen, wie die gleichen Kräfte hauptsächlich von Nichtarbeitern und Nichttheologen (Savigny, Fleischer), in ihrer religiösen Gesinnung hinterwärts verkehrt werden; wenn solche Arbeiterführer, die in vielen kritischen Situationen sich nicht an den grünen Tisch zurückziehen, sondern für ihre Kollegen sich vor die Front stellen, gelegentlich einmal ein scharfes Wort sprechen, dann, aber auch nur dann wird daraus eine Staatsaktion gemacht, als sei deshalb eine internationale Kirchengemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Mit solch pharisaischem Treiben wird die selbstbewußte, christlich denkende Arbeiterschaft geradezu zur Empörung gereizt. Es ist ein gefährliches Spiel, das „Sie Berlin“ in den letzten Wochen betrieben. Wir haben gewarnt!

zuverlässig sind. Solche Erfahrungen sind jetzt wie auch früher schon, gemacht worden. Wenn es von diesen „Wortführern“ abhinge, würde die Zukunft für die Arbeiter nicht rosig aussehen. Doch gibt es noch viele Arbeiter, welche die Sache von einem vernünftigen Standpunkte aus auffassen. In diesen ist es, jetzt mit Ruhe und Besonnenheit das gesteckte Ziel zu verfolgen. Es bedarf hierzu noch vieler Arbeit.

Viele gibt es, die das Vorgelegene in seiner Tragweite kaum zu fassen vermögen. Hier gilt es, aufzuklären und zu belehren. Auch muß an die Einigkeit appelliert werden. Allem Anscheine nach rechnen die Unternehmer auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Pflicht der Mitglieder ist es, zu zeigen, daß wir den Unternehmern eine solche Freude nicht bieten wollen. Suche deshalb jeder alles trennende zu vermeiden, streben wir einmütig dem Ziele zu, die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit günstig zu gestalten. Wenn wir alle von diesem Geiste befeuert sind, dann wird es uns auch gelingen, die Bewegung zu einem günstigen Ende zu führen. Stärkung der Organisation ist gerade zur Zeit dringend notwendig.

Aus der Praxis der Mülhauer „Genossen“.

Das gerechteste Wahlverfahren zu den sozialen Institutionen (Krankenkassen, Gewerbegerichten und dergleichen), ist unstrittig die Verhältniswahl. Nach letzterer erhält jede, für die Wahl beteiligende Organisation oder Vereinigung eine der aufgetragenen Stimmenzahl entsprechende Vertretung. Damit kommt auch die Minderheit zum Wort. Außerdem verbürgt die Verhältniswahl verschiedene Mängelungen eine genaue gegenseitige Kontrolle, die nur zum Nutzen der betreffenden Institutionen sein kann. Diese Gedanken waren es, die das Mülhauer (Glas) christl. Gewerkschafts-Komitee vor einiger Zeit veranlaßte, beim Vorstand der Ortskrankenkasse Mülhausen die Einführung der Verhältniswahl zu beantragen. Dieser erklärte, ohne auch nur den geringsten Versuch zur Verwirklichung des Antrages gemacht zu haben, letzterer sei zu spät eingereicht worden. Tatsächlich suchte man mit dieser Verzögerung allem Anscheine nach nur seine Gegnerlichkeit gegenüber der Verhältniswahl zu verdeckeln. Die Mülhauer „Genossen“ wollen von letzterer überhaupt nichts wissen. Hervorragende sozialdemokratische Gewerkschaftsführer sprachen sich in der „Mülhauer Volkszeitung“ (sozialdemokratisches Organ) offen gegen dieselbe aus. Die „Mülhauer Volkszeitung“ selbst trat zwar vorerst für die Verhältniswahl ein und verlangte, daß die Kandidaten der sozialdemokratischen Liste wenigstens die Verpflichtung übernehmen sollten, nach ihrer Wahl die Verhältniswahl (statutarisch) festzusetzen. Doch wurde dem nicht stattgegeben. Sowohl der sozialdemokratische Wahlverein, wie auch das sozialdemokratische Gewerkschafts-Komitee, die beide zu dieser Frage Stellung nahmen, drückten sich um die ganze Sache herum wie eine Kugel um den heißen Brei. Wer will eben der Minderheit freiwillig keine Vertretung in der Ortskrankenkasse einräumen.

Demgegenüber ist es interessant, feststellen zu können, daß eine Konferenz der Gewerbegerichtsbekämpfer aus dem Arbeiterstande, die dem kürzlich stattgefundenen Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorausging, eine Resolution annahm, nach welcher die Konferenz erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verhältniswahl steht, und die Konferenzteilnehmer sich verpflichten, falls an sie der Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestellt wird, für dieselbe einzutreten.

In dieser Konferenz nahmen auch eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Gewerbegerichtsbekämpfer teil. Die Mülhauer Genossen haben es noch nicht verstanden, sich diesen Gerechtigkeitsfäden dem Gegner gegenüber zu eigen zu machen. Obenannter Beschluß gab denn auch dem angeführten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Dr. Hugo Lindemann Anlaß zu einer mehr wie berechtigten Kritik über die bisherige Haltung seiner Parteigenossen in der Frage der Verhältniswahl. Derselbe bemerkte laut „Soz. Praxis“ in der „Frankf. Tagespost“:

„Man erklärte sich zwar grundsätzlich für die Proportionalwahl, verlangte aber ihre allgemeine Einführung und lehnte sie im Einzelfall ab. Ganz sicher ein widersprüchliches Verhalten, das den Gegnern willkommenen Anlaß gab, die Echtheit der Liebe für die Proportionalwahl zu bezweifeln. Streifenweise hat man nun auf der genannten Konferenz in Jena den unsrer Erachtens allein richtigen Standpunkt angenommen, die Proportionalwahl nicht nur theoretisch zu fordern, sondern auch für ihre Einführung im einzelnen Falle einzutreten. Der Referent über diese Frage, wie auch eine große Anzahl von Diskussionsrednern sprachen sich allgemein für die Einführung der Proportionalwahl aus, nicht nur „am Abend“ sondern auch während einer Vertretung verabschiedet wurde, sondern während „damit“ sie die ihr zunehmende Zahl von Beisitzern erhalte. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, in dem die wachsende politische Reife zum Ausdruck kommt. Das bisherige ablehnende Verhalten gegen die Einführung der Proportionalwahl in einzelnen Fällen, hat sie niemals aufzuheben gewagt, sicherlich aber die allgemeine gesetzliche Durchführung der Proportionalwahl nicht gefördert. Es liegt auf der Hand, daß dieser Fortschritt nur so langsam erreicht wird, je größer die Zahl der Gewerbegerichte ist, bei denen sie schon zur Einführung gelangt ist.“

Das hier vom Herrn Dr. Lindemann bezüglich der Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten Gesagte, trifft voll und ganz auch auf die Krankenkassen zu. Seine Kritik bedeutet darum auch eine moralische Ohrfeige für die Mülhauer Parteigenossen. Wirken wird sie allerdings nichts. Da die Mülhauer „Genossen“ so halsstarrig an ihrer Alleinvertretung festhalten, haben die nichtsozialdemokratischen Mitglieder der Ortskrankenkasse alle Veranlassung, sich vollständig an dem am 3. und 4. Oktober stattfindenden Delegiertenkongress zu beteiligen und ihre Stimme für jene Liste abzugeben, die das Mülhauer christl. Gewerkschafts-Komitee gemeinsam mit andern Korporationen herausgibt. Die Kandidaten dieser Liste haben sich verpflichtet, im Falle ihrer Wahl die Verhältniswahl einzuführen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsverhältnisse.

Schöln. Nicht oft nehmen wir unser Verbandsorgan in Anspruch. Es mag deshalb bei den ausserhalb des Verbandsgebietes Verbandsmitgliedern vielleicht die Meinung verbreitet sein, daß hier am Orte die Arbeiterschaft unter ungünstigen Verhältnissen lebe. Dieses ist jedoch durchaus nicht der Fall. Gerade im Verbands-

Zeit hat auch hier die Arbeiterschaft unter der niedergehenden Konjunktur sehr zu leiden. In mehreren Betrieben sind nur fünf Tage in der Woche gearbeitet. Hinzu kommt noch das schlechte Material sowie das Warten auf Material, ohne daß es hierfür immer eine Vergütung gibt. Durch solche Maßnahmen wird das Einkommen der Arbeiterschaft sehr geschmälert. Insbesondere glaubt sich die Firma A. u. L. Ketteler berechtigt, ihren Arbeitern die schlechte Konjunktur recht fühlbar zu machen. Schlechte Ketten und Waren auf Material ist in dem Betriebe an der Tagesordnung. Manchmal müssen die Weber 5-6 Tage auf Ketten warten, ohne Entschädigung zu erhalten. Verschwieblich ist die Arbeiterschaft bei den Firmeninhabern vorstellig geworden, um für Warten auf Material eine Vergütung zu erlangen; immer vergebens. Die Firma behauptet, es sei ihr nicht möglich, eine Entschädigung zu geben. Wir glauben jedoch, daß es sich bei der Firma A. u. L. Ketteler ebenjoch ermöglichen läßt, für Warten auf Material eine Vergütung zu gewähren, als dies in anderen Betrieben geschieht. Es kommt hier nur auf den guten Willen an. Wie sehr der „gute Wille“ bei der genannten Firma zum Ausdruck kommt, geht aus folgendem hervor: Vor nicht langer Zeit wurde an einem Artikel eine Lohnreduzierung von 10 Pfg. pro Stück vorgenommen und einige Wochen darauf wurde wiederum den Webern von einem Stück Ware 15 Pfennig abgezogen. Wir meinen, daß die Arbeiterschaft durch Verarbeitung von schlechtem und durch Warten auf Material schon genug in ihrem Einkommen geschädigt wird und betrachten es als bitter ungerecht, den Arbeitern ihr Einkommen durch Lohnkürzungen noch mehr zu schmälern. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft aus diesen Vorwommnissen die richtige Lehre, damit bei günstiger Konjunktur die Firma an ihr früheres Verhalten erinnert werden kann. Für uns aber ist dieses wieder der beste Beweis, wie notwendig für die Arbeiter die Organisation ist, denn nur diese ist es, die dem Arbeiter die Gewähr bietet, daß seine Interessen in wirksamer Weise vertreten werden. Leider trägt in diesem Betriebe die unorganisierte Masse Schuld an den mißlichen Verhältnissen. Schon verschiedentlich haben wir es versucht, die Arbeiter dieses Betriebes für den Verband zu gewinnen, um so den berechtigten Wünschen der Belegschaft Geltung verschaffen zu können. Jedoch ist uns dieses bis heute noch nicht gelungen. Es bewahrheitet sich auch hier wieder das Sprichwort: „Wer nicht hören will, muß fühlen“.

Bierfen.

Die Firma Hoff, Sautlandweber in Bierfen, hat es für gut gefunden, die ohnehin nicht zu hohen Löhne ihrer Arbeiter noch um 5% zu kürzen. Dieses hat die dortige Belegschaft endlich einmal mobil gemacht. Bisher fanden es die dortigen Handwerker nicht an der Ordnung, der Organisation beizutreten, sie glauben, wie noch so viele andere, der Verband habe für sie doch keinen Zweck. Die Maßnahmen des Arbeitgeber hatten aber die Handwerker eines Besseren belehrt. Die Arbeiter suchten die vom Arbeitgeber getroffenen Maßnahmen abzuwehren und beriefen zu dem Zwecke eine Fabrikerversammlung ein. Aber, man hatte die Rechnung ohne den Arbeitgeber gemacht. Sobald derselbe Wind von der Sache bekam, kündigte er fünf Arbeitern das Arbeitsverhältnis und glaubte, so der ganzen Bewegung das Genick gebrochen zu haben. Der Herr Hoff soll nun den Arbeitern in gerade nicht schmeichelhafter Weise kund getan haben, daß sie für seinen Betrieb höchst überflüssig seien. Er rechnet damit, daß die Handwerker der Firma Medel bei ihm ganz bestimmt in Arbeit treten werden. (Wir bemerken hier, daß die Firma Medel in Bierfen den Betrieb am Samstag, den 10. Okt., vollständig einstellt.) Aber trotzdem die dortigen Arbeiter dann vielleicht arbeitslos sind, waren dieselben über das Ansehen des Herrn Hoff im höchsten Grade empört; Herr Hoff hat seine Rechnung eben ohne die Organisation gemacht und sich dabei gewaltig verrechnet. Die Handwerker der Firma Medel haben uns ermächtigt, folgende mit ihrer Unterschrift versehene Erklärung abzugeben und zu veröffentlichen:

Erklärung.

Die unterzeichneten Handwerker der Firma Medel u. Co. erklären hierdurch, daß sie unter keinen Umständen bei der Firma Hoff u. Söhne zu den reduzierten Löhnen Arbeit annehmen werden. Gleichzeitig geben dieselben den Arbeitern bei der Firma Hoff die Versicherung, daß sie niemals einer gekündigten Arbeiterschaft in den Rücken fallen. Es wird jedoch dem Wunsch Ausdruck verliehen, die nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen im dortigen Betriebe mögen sich unverzüglich der Organisation anschließen.

Die in Kündigung stehenden Handwerker der Firma Medel u. Co. (folgen sämtliche Unterschriften.)

Hoffentlich gibt sich die Firma Hoff nicht der trügerischen Hoffnung hin, durch Grobheiten ihre Arbeiter einschüchtern zu können. Wir erwarten zuversichtlich, daß der Arbeitgeber die bei ihm gekündigten Arbeiter behandelt, wie Anstand und gute Sitte es erfordern.

Den Arbeitern der Firma Hoff u. Söhne aber rufen wir zu: Nehmt euch ein Beispiel an den Handwerkern der Firma Medel u. Co. und schließt euch dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter an. Nur dadurch wird es möglich sein, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Espen. In der am 19. Sept. stattgefundenen Versammlung erhaltete der Vorsitzende, Kollege Bartholomäus, den Situationsbericht der letzten Monate. Daraus entnehmen wir, daß auch bei der jetzigen ungünstigen Geschäftslage dort, wo die Arbeiter organisiert sind, nicht nur Verschlechterungen abgewehrt, sondern auch noch Vorteile herausgeschlagen werden können, dagegen dort, wo Unorganisierte dominieren, die Arbeiter mit Lohnreduzierungen zu rechnen haben. So wurde zum Beispiel in der hiesigen Papierfabrik in den vergangenen Jahren eine Lohnreduzierung von 16-20 Prozent und die 10-tägige Arbeitszeit durchgeführt, doch jetzt, nachdem die meisten Arbeiterinnen dem Verbande den Rücken gekehrt haben, sind wöchentliche Lohnausfälle von 2-3 Mark zu verzeichnen. Außerdem haben die Arbeiterinnen eine Forderung Heberstunden gemacht, wofür dann die Firma die Arbeiterinnen einen Tag in der Woche feiern ließ. Sodann beantragte der Vorsitzende über den Streik bei der Firma H. J. Strom, wo nach jedwöchentlichem Dauer streik eine Anzahl von Arbeiterinnen

sei. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen J. D. Dieben, M. Wient und W. Emonis gewählt. Sodann berichtete Kollege W. Decker über die Verbandsgeneralversammlung in Augsburg. An Hand des Geschäftsberichtes wies Redner nach, welche bedeutende Fortschritte unser Verband in den letzten Jahren zu verzeichnen habe. Der beste Beweis dafür seien die Unterfüßungssummen, die den Mitgliedern zugute gekommen seien, außerdem wären durch den Verband bedeutende Vorteile an Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen für die Kollegen herausgewirtschaftet worden. Auch die Beschüsse unserer jetzigen Generalversammlung bedeuteten einen weiteren Fortschritt für den Verband, besonders die Arbeitslosenunterstützung, durch welche wir in die Lage versetzt würden, auch bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit die Mitglieder unterstützen zu können. Da es der vorerwähnten Zeit wegen unmöglich war, den Bericht ganz zu behandeln, wurde beschlossen, über diesen Punkt eine weitere Versammlung anzuberaumen und findet diese Sonntag, den 4. Okt., morgens 10 1/2 Uhr bei Gebrüder Carbin Schilweg statt.

Forchheim. Ueber unsere Stellung zur Gewerkschaftsfrage sprach in unserer öffentlichen Versammlung am 19. September der Kollege Hermann Voigt-Forst. In fast 1 1/2 stündigen Vortrage beleuchtete er die „Freien“, die „Kirch-Dummkirchen“ und die „Gelben“ und kam zu dem Ergebnis, daß für christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen könnten. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Die Versammlung war in allen Teilen interessant.

Seibensheim. Am 20. Sept. hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Als Referent war Kollege Bilger aus Kolmar erschienen, welcher in seinen zwei stündigen Vortrage die Anwesenden zu fesseln mußte. Zum Thema hatte er sich gewählt unsere Generalversammlung zu Augsburg und deren Beschüsse. An das Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte, in welcher die Kollegen auch auf die „gelben“ Gewerkschaften zu sprechen kamen. In seinem Schlusswort sprach der Referent über die Ausführungen der Diskussionsredner sowie über den internationalen Kongress in Jülich.

Neumünster. Der Vorsitzende, Kollege Mayrhoth, eröffnete unsere letzte Mitgliederversammlung mit einem Willkommenswort an die Erschienenen. Redner verbreitete sich sodann über das Thema: „die Lage der Arbeiter im Textilgewerbe“. In ausführlicher Weise legte der Referent die Arbeitsverhältnisse dar, ausgehend von früheren Zeiten bis zur Arbeit an der Maschine. Dann kam er auf die Herabsetzung der Arbeitslohnung zu sprechen, indem er die Organisation der christlichen Textilarbeiter und die christlichen Gewerkschaften überhaupt rechtfertigte. Mit dem Appell an die antwortenden Unorganisierten, sich dem Verbande anzuschließen, schloß der Referent seine Ausführungen.

Nordhorn. Das ehemalige Mitglied Bernhard Holtefeld war kurze Zeit Vertrauensmann unserer Ortsgruppe. Holtefeld hat sich aber als Mitglied und ganz besonders als Vertrauensmann einer christlichen Gewerkschaft unwürdig gezeigt. Er hat nämlich die ihm anvertrauten Gelder für seine Zwecke verwendet, also die Verbandsbeiträge unterschlagen. Wiederholtes Mahnen und Drängen um Rückerstattung der Summe waren fruchtlos, und so sah sich der hiesige Ortsgruppenvorstand gezwungen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Am 24. Sept. kam die Sache vor der Strafkammer in Osnabrück zur Verhandlung. Das Urteil lautete: Holtefeld wird wegen Untreue und Betrug zu zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Gewiß eine harte Strafe. Aber wer einen Vertrauensposten beehrt mißbraucht und die Verbandsbeiträge in den Wirtschaften durchbringt, verdient keine Gnade. Gerechtigkeitserweise brauchen die christlichen Gewerkschaften über solche Fälle nur selten zu berichten. Hoffentlich brauchen wir auch in unserem Verbande nie wieder über Veruntreuungen zu melden.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

„Einen niederträchtigen Arbeitererrat verübten die Führer der Christlichen in Oberkirch.“ Unter dieser für die „Genossen“ sehr schmählichen Ueberschrift, geht durch die rote Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz, die so recht zeigt, wessen Geistes Kind die Führer der roten Gewerkschaften sind. Das, was sie selbst auf dem Herbolz haben, möchten sie gerne anderen an die Röckel hängen. Der Sachverhalt ist folgender: In Oberkirch müssen sich die „Genossen“ seit Jahr und Tag ab, die Arbeiter der Brauerei Braun in den roten Brauerverband zu bekommen. Ohne vorher ein praktisches Resultat des Verbandes zu haben, wollten die Arbeiter aber nicht beitreten. Also wird eine Lohnbewegung gemacht und an die Brauerei Forderungen eingereicht. Da Herr Braun nicht sofort Antwort gab, wurde er durch Versammlungen, Zeitungsaufsätze und Flugblätter derart mitgenommen, daß er sich sagen mußte, unter keinen Umständen werde ich mich mit den Leuten auf Verhandlungen einlassen. Den Arbeitern wollte Herr Braun doch einigermaßen gerecht werden, und schloß mit dem christlichen Verband einen Vertrag ab, der wesentliche Vorteile für die Arbeiter in sich birgt. Zunächst tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag ein. Außerdem eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 8 Mk. pro Monat. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn auf die Dauer von 14 Tagen gewährt. Unverschuldete Versäumnisse bis zu einem Tag werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht. Bei militärischen Übungen bis zu 14 Tagen wird eine Mark extra vergütet. Die Leibesunden und Sonntagsarbeit wird ebenfalls bezahlt. Außerdem erhält jeder Arbeiter, sofern er zwei Jahre im Betrieb tätig ist, jährlich drei Tage Urlaub mit Fortbezug des Lohnes. Und so was nennen die Sozialschreiber „Arbeitererrat“! Wir glauben's ihnen aufs Wort! Hätte der rote Verband erreicht, was wir erreicht haben, dann würde es als eine große Tat mit „großartiger“ Erfolg bezeichnet werden. So aber haben die „Genossen“ Wind gefäht und Sturm gerannt, während wir einen schönen Erfolg für die Arbeiter erlangen konnten. So etwas kann einen in Garnisch bringen! Ein herzliches Willkommen an die „Genossen“!

Oberlich erloht haben, tut wohl, aber sie haben rechtlich verdient.

Vierte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und verw. Berufe. In den Tagen vom 20.-22. Sept. hielt der christl. Malerverband im Paulushaus zu Düsseldorf seine vierte Generalversammlung ab.

Aus gegnerischen Organisationen.

Auch ein Beitrag zur „Berliner“ Kampfbroschüre. In dem ersten Bericht über unseren Verbandtag in Nr. 33 unseres Organs ist ein furchtbarer Fehler gesehen worden.

Sehr hätten die Herren der evangelischen Gesellschaft keinen Vertreter erlitten, obwohl auch diese Herren eingeladen sind.

Es muß, wie auch jeder Leser sofort erkennen wird, heißen: konfessionelle Arbeitervereine heid. (lat.) und evangel. Richtungen.

Auch die „Berliner“ wissen, daß Kollege Schäfer nämlich in dem Sinne von konfessionellen Gewerkschaften gesprochen haben kann, aber nichts bestimmtes greifen sie den Text an und suchen ihn Nr. 39 des „Arbeiter“ in ihrer Weise anzumengen.

Die Unabwiesbarkeit der Sozialdemokratie wird wieder einmal treffend illustriert durch folgenden Vorgang. Die Verwaltung des jährlichen Hoffmanns in Sera hatte sogenannte Arbeitervereine in Aussicht genommen und zwar zu einem minimalen Eintrittspreis.

So haben die „Genossen“ durch ihren konstanten Fanatismus die Gewerkschaften um eine gute Erholung und Bildungsmöglichkeit gebracht. Das ist die „schöne“ Frucht sozialdemokratischer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Allgemeines aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Herr Gewerbeinspektor von Sachsen. Der Herr Gewerbeinspektor von Sachsen hat die Arbeiter. Das Organ der deutschen Gewerkschaften bringt in Nr. 13 des Monatsheftes vom 1. Sept. ein

werbeaufsichtsbeamten des Herzogtums Sachsen-Meiningen folgenden Artikel:

„Wenn den Arbeitern auch jedwede Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu gönnen ist und jeder Einseitigkeit desfalls ihr Streben nach Besserung, Arbeitzeitverkürzung und sozialer Selbstständigkeit verstanden wird, so trägt doch das Verhalten der Arbeiter selbst selbst viel Schuld, daß ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer seltener wird.“

Der Herr Gewerbeinspektor spricht zwar an einer Stelle von nur „einem Teile der Arbeiterschaft“, aber die Vorwürfe sind doch so allgemein gegen die Arbeiter erhoben, daß wohl einige Worte zur Gegenwehr gesagt werden dürfen.

Es soll gar nicht geleugnet werden, daß in manchen Fällen die Arbeiter Schuld tragen an einem gespannten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, aber in hundert Fällen ist neuzugleich der Arbeitgeber bzw. der Vorgesetzte die Ursache.

Die christlichen Arbeiter unterzügen und verlernen auch keineswegs die „Schwere“ der „Lasten“, die den Arbeitgebern durch die „drückenden, steigenden Erweiterungen der sozialen Fürsorge“ auferlegt sind.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Wenn die Arbeiter sich wenig zu „Dank verpflichtet“ fühlen gegenüber den Unternehmern, trotz der „immer höher werdenden Löhne“, dann liegt das daran, daß die Arbeiter nur ihren gerechten Anteil von den Erträgen der Produktion fordern und auch den noch nicht einmal bekommen.

Zukunft nur noch eine vierzehntägige Kündigungsfrist für ihre Wohnung haben. Daß ein solches Vorgehen eine Saat der Erbitterung und des Hasses der gefährlichsten Art bedeutet, kann niemand bezweifeln.

Veranstaltungskalender.

- Amern-St. Georg. 4. Okt., 5 Uhr, bei Ww. Klafen Generalversammlung, Bericht der Delegierten.
Bergneuhof. 10. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Bernhard Meurer (Meiner Saal), Generalversammlung.
Burgwaldbühl. 4. Okt., gleich nach dem Hochamte, bei Stamm, Generalversammlung, Bericht der Delegierten.

Bilanz

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: Kassenbestand am 31. Aug. 1908, Warenbestand, Inventar, etc.

Der Vorstand: Joh. Ross, Geschäftsführer. J. A. Friedr. Küppers, 1. Vorsitzender.
Der Aufsichtsrat: Wilh. Otten, Kassierer. Andr. Bilges, Schriftführer.

I. Agitationsbezirk (Krefeld).

Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags punkt 3 Uhr findet im Lokale des Herrn Carl Kläfer, Markt- und Kupferstraßen-Ecke, die diesjährige Bezirkskonferenz statt.

M.-Gladbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 11. Oktober hier selbst statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Delegiertenwahlen, sofern solche noch nicht getätigt worden sind, vorzunehmen.

Agitationsbezirk Württemberg. Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am 18. Okt. d. J. in Ulm im Lokal der christlichen Gewerkschaften (Herrenfelder) statt.

Bezirk Baden.

Die Bezirkskonferenz wird am 11. Oktober in der Bierhalle z. Greifen in Basel abgehalten. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Sonntag, den 4. Oktober, morgens punkt 11 Uhr beginnt im Lokale des Herrn H. Daniels, Barmen, Schindlerstraße 21 unsere Bezirkskonferenz.

V. Agitationsbezirk (Westf. Münsterland).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am 4. Oktober in Bocholt im Saale des kath. Arbeitervereins statt. Anfang 10 1/2 Uhr.

VI. Agitationsbezirk (Münster).

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober in Emsdetten im Lokale der Wwe. Laumann statt.

VII. Bezirk (Bayern).

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 25. Oktober in Kaufbeuren statt. Die Ortsgruppen werden ersucht, nach § 40 des Statuts baldmöglichst die Delegiertenwahl vorzunehmen.

X. Agitationsbezirk (Mühlhausen i. S.).

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 11. Oktober in Colmar statt. Lokal und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

XI. Bezirk (Straßburg).

Die Ortsgruppen des Elsaß halten die diesjährige Bezirkskonferenz gemeinsam mit dem Bezirk Mühlhausen am 11. Oktober in Colmar ab.

XIII. Agitationsbezirk (Hüringen-Sachsen-Brandenburg).

Es finden folgende Herbstkonferenzen statt: Gau Oberlausitz: 4. Oktober, in Zittau, Eibauer-Bierhalle (Neueher Straße) nachm. 1 Uhr beginnend.

XIV. Bezirk (Schlesien).

Die Bezirkskonferenz für Schlesien findet nicht wie angegeben, am 11., sondern am 18. Oktober morgens 11 Uhr in Breslau, Cnerna's Hotel, Mauritiusplatz 4, statt.

Adressenänderung.

Unser schlesisches Sekretariat befindet sich ab 1. Oktober nicht mehr Neustadt D.-S. sondern Breslau VII, Mauritiusplatz Nr. 4. Telefon 10102.

Dülten.

Unsere Mitglieder mögen ihren eventl. Wohnungswechsel sofort bei den Vertrauensleuten melden, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des Organs eintritt.

Literarisches.

Das „Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1909“, 3. Jahrgang, herausgegeben von Lic. Weber und Lic. Krumm, ist soeben erschienen.

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Sonntag, den 4. Oktober, morgens punkt 11 Uhr beginnt im Lokale des Herrn H. Daniels, Barmen, Schindlerstraße 21 unsere Bezirkskonferenz.